

30.11.2015
230a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement

**von Erzbischof Dr. Ludwig Schick,
Vorsitzender der Kommission Weltkirche
der Deutschen Bischofskonferenz,**

bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Arbeitshilfe

„Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen

in unserer Zeit – Syrien“

am 30. November 2015 in Berlin

Ich freue mich sehr, dass Seine Seligkeit, Patriarch Béchara Pierre Kardinal Raï, das Oberhaupt der Maronitischen Kirche, derzeit Deutschland besucht und auch an diesem Pressegespräch mitwirkt. Der Patriarch trifft in diesen Tagen mit den in unserem Land lebenden Gläubigen seiner Kirche zusammen, und er führt Gespräche mit Politikern in Berlin, etwa mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, und mit Vertretern der Kirchen. Patriarch Raï wird außerdem heute Abend an dem von der Deutschen Bischofskonferenz ausgerichteten Symposium „Ende der religiösen Pluralität? – Zur Zukunft der Christen im Nahen Osten“ teilnehmen und dabei im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und mir diskutieren. Bei all diesen Gelegenheiten wird der Patriarch über die Lage der Christen im Orient sprechen – und sicherlich auch über die große Zahl der Flüchtlinge in seinem Heimatland, dem Libanon, sowie über den anschwellenden Terror, der zuletzt nicht nur Europa, sondern (was bei uns weniger Beachtung findet) auch Afrika und den Nahen Osten mit großer Wucht heimgesucht hat.

Auch in diesem Jahr führt die Deutsche Bischofskonferenz die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ durch. Nachdem wir 2014 den inhaltlichen Schwerpunkt auf den Irak gelegt haben, befassen wir uns dieses Mal mit Syrien. Unsere Solidaritätsaktion hat damit ein außerordentlich aktuelles und zugleich besonders bedrängendes Thema. Im Rahmen unserer Initiative führen wir politische Gespräche; dazu gehört etwa ein Treffen mit Bundestagsabgeordneten, das für heute geplant ist. Vor allem aber wollen wir die Kirchengemeinden für die Lage bedrohter Christen sensibilisieren und zum

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Gebet und zur Aktion aufrufen. Dazu dient die Arbeitshilfe, die wir heute veröffentlichen. Höhepunkt der Initiative ist auch in diesem Jahr der „Gebetstag für verfolgte und bedrängte Christen“, der am 26. Dezember, am Tag des Märtyrers Stephanus, in allen Diözesen begangen wird.

Der Bürgerkrieg in Syrien dauert nun schon seit mehr als vier Jahren an. Er bringt Tod und Verderben über das ganze Volk. Davon zeugen nicht zuletzt Tausende Flüchtlinge, die aus Syrien und dem benachbarten Irak nach Europa und speziell nach Deutschland kommen. Für die religiösen Minderheiten, gerade auch für die Christen, stellt sich die Lage allerdings noch bedrängender dar als für andere Gruppen innerhalb des Volkes. Wie im Irak, so droht auch in Syrien der Krieg zum Auslöser für das Verschwinden des Christentums zu werden, das seit 2000 Jahren im Land lebt und es in beachtlichem Maße mitgeprägt hat.

Der Anteil der Christen an der syrischen Bevölkerung ist zwar seit längerem rückläufig. So gehörten 1920 noch ungefähr 30 Prozent der Syrer einer der christlichen Konfessionen an. Zu Beginn der Aufstände gegen Präsident Baschar al-Assad 2011 waren es noch etwa acht bis zehn Prozent. Mit der Auswanderungswelle, die durch den Bürgerkrieg ausgelöst wurde, droht sich die Abnahme der Christen nun dramatisch zu beschleunigen. Dies dürfte vor allem dann der Fall sein, wenn die Christen, deren Mehrzahl im verbliebenen Herrschaftsgebiet des Präsidenten Assad lebt und dort jedenfalls keiner *religiösen* Verfolgung ausgesetzt ist, unter die Herrschaft islamistischer Kräfte geraten.

Seit 2012 mehren sich die von radikalislamischen Gruppen ausgehenden Angriffe auf Christen. Die UN-Kommission für Menschenrechte warnte bereits damals vor einer dramatischen Zunahme der religiösen Gewalt. Anfang des Jahres 2013 verschlimmerte sich die Lage für die Christen weiter. In der Nähe von Aleppo wurden zwei Priester entführt. Kurz darauf verschleppten Unbekannte den syrisch-orthodoxen und den griechisch-orthodoxen Erzbischof von Aleppo, Mar Gregorius Yuhanna Ibrahim und Paul Yazigi. Von den Entführten gibt es bis heute kein Lebenszeichen. Seither ist es immer wieder zu Übergriffen auf Priester und Ordensleute und zu Angriffen auf kirchliche Gebäude gekommen. Am dramatischsten stellt sich die Lage für die christliche Minderheit entlang des Euphrats im Herrschaftsgebiet des sogenannten Islamischen Staats (IS) da. Dort und im angrenzenden Chabur-Tal wüten die Islamisten schon seit Anfang 2013. Sie vertreiben Christen aus ihren Dörfern, zerstören Kirchen und Klöster, sie entführen und ermorden. Seit Februar 2014 gilt in Raqqa, der Hauptstadt des IS, für Christen das islamische Recht: Sie dürfen keine religiösen Symbole zeigen, Gottesdienste nur eingeschränkt feiern und werden mit einer Sondersteuer belegt. Diese Politik hat erreicht, was sie erreichen wollte: Aus der vom IS beherrschten Zone sind fast alle Christen geflohen. Nachdem im April 2015 im Zentrum von Aleppo auf drei Kirchen Anschläge verübt worden waren, sagte der chaldäische Bischof der Stadt Antoine Audo resignierend: „Für uns sind das sehr klare Botschaften, die man uns da gibt: Man will, dass die Christen aus Aleppo verschwinden.“ Diese Aussage des Bischofs gilt heute für weite Teile Syriens.

In der Arbeitshilfe, die wir heute veröffentlichen, finden sich zahlreiche Informationen zur Geschichte des Christentums in Syrien und zum aktuellen Konflikt und seinen Hintergründen. Dabei wird der Stimme der Kirchen breiter Raum gegeben. Gerne weise ich auf das Interview mit der syrischen Ordensschwester Marie Claude Naddaf, der Provinzoberin der „Schwestern vom Guten Hirten“, hin, die die humanitäre Katastrophe beschreibt. Sie arbeitet mit ihren Mitschwestern in den Flüchtlingslagern der Region und schildert anschaulich und berührend das Leid, das den Menschen widerfährt. Sie sagt: „Die Frauen und Kinder sind sicherlich die Hauptleidtragenden dieses furchtbaren Krieges; die Frau muss allein die Aufgabe des abwesenden, toten oder verschwundenen Familienvaters übernehmen, sie muss alle familiären Lasten tragen und für den Unterhalt der Kinder und der älteren Familienmitglieder sorgen.“ Wir sind dankbar, dass wir für die Gestaltung der Arbeitshilfe auch in diesem Jahr auf die ausdrucksstarken Fotos des Hagener Fotografen Andy Spyra zurückgreifen konnten. Er hat Syrien und den Irak intensiv bereist und das Leben der Menschen dokumentiert.

Das Überleben des Christentums in Syrien, und Ähnliches gilt für den Irak, wird in starkem Maße davon abhängen, ob es gelingt, eine politische und (mehr noch) eine gesellschaftliche Befriedung des Landes zu erreichen. Die deutschen Bischöfe unterstützen deshalb alle auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen der internationalen Gemeinschaft. Wir wissen: Militärische Gewalt darf niemals ein reguläres Mittel, sozusagen das Mittel der Wahl, sein, um die Verhältnisse zu wenden und auf friedliche Zustände hinzuwirken. Wir wissen aber auch, dass mit einer terroristischen Organisation wie dem „Islamischen Staat“ keine Verhandlungslösung möglich ist und die Pflicht besteht, die Bevölkerung vor massiver Gewalt und schlimmsten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. In Übereinstimmung mit den Bischöfen in der Region hat die Deutsche Bischofskonferenz deshalb bereits im Jahr 2014 – nach dem Vormarsch der Dschihadisten in Syrien und im Irak – deutlich gemacht, dass wir den Einsatz militärischer Mittel für ethisch vertretbar halten, wenn nur so dem menschenverachtenden Treiben des IS ein Ende bereitet werden kann. Dass dieser Aggressor gestoppt werden muss, hat auch Papst Franziskus der Staatengemeinschaft ins Stammbuch geschrieben.

Der Papst hat sich am 28. Oktober 2015 einmal mehr auch zur schwierigen Lage der Christen in der Region geäußert. Er bete darum, so sagte Franziskus, „dass die Christen nicht gezwungen werden, im Nahen Osten aufzugeben.“ Diesem Gebet schließen sich die deutschen Bischöfe an und sie rufen alle Gläubigen dazu auf. Die internationale Gemeinschaft, aber gerade auch alle, die sich als „religiöse Menschen“ verstehen, sind angehalten, sich mit denen solidarisch zu zeigen, die aufgrund ihres Glaubens und ihrer Überzeugungen verfolgt werden. Durch diese Solidarität geben wir auch Zeugnis von unserer Hoffnung, dass die menschenverachtenden Taten von Terroristen nicht das letzte Wort behalten werden.